



Granit Xhaka
Steht der Nati-Captain
vor einem Wechsel nach
Italien? **Sport**

Donnerstag, 19. Juni 2025

AZ 5001 Aarau | Nr. 139 | 30. Jahrgang | Fr. 4.50 **badenertagblatt.ch**

Parkplatzstreit in Baden eskaliert: Stadtrat brüskiert Gewerbe

Badens Regierung weigert sich, die Forderung nach einem Stopp des Parkplatzabbaus entgegenzunehmen.

Pirmin Kramer

Seit Monaten wird in Baden über die Frage gestritten, ob Parkplätze abgebaut oder erhalten werden sollen. Nun ist der Streit zwischen dem links-grünen Stadtrat auf der einen sowie dem Gewerbe und bürgerlichen Politikern auf der anderen Seite eskaliert.

Der neu gegründete Verein «IG Pro Parkplatz» führte am Dienstag seinen Startevent durch. Er verlangt den Erhalt der Parkflächen, das sei für das Badener Gewerbe von entscheidender Be-

deutung. Eingeladen wurde auch Stadtrat Philippe Ramseier (FDP): Er sollte die Forderung entgegennehmen. Ramseier sagte die Teilnahme zu – musste dann aber überraschend wieder absagen. Grund: Der links-grüne Gesamtstadtrat hatte ihn zurückgepfiffen. Ramseier nahm schliesslich als Privatperson teil. «Weil ich es wichtig finde, der Bevölkerung zuzuhören.»

Die Abwesenheit des Stadtrats sorgt bei namhaften Badener Politikern für scharfe Kritik. SVP-Nationalrätin Stefanie Heimgartner sagt: «Feige, dass

der Stadtrat diesen Entscheid getroffen hat. Dass man sich der Diskussion nicht stellt mit Personen, die politisch anderer Meinung sind, ist sehr schade.»

Parkplatz-Befürworter spricht von ideologischen Gründen

Der Stadtrat lässt die Frage, wie es zu diesem Entscheid gekommen ist, unbeantwortet. Für Adrian Schoop, FDP-Grossrat und Präsident der «IG Pro Parkplatz», ist klar: «In Baden werden aus ideologischen Gründen bewusst Parkplatzmöglichkeiten zerstört.» Man

wolle Öffentlichkeit und Politik wachrütteln, damit Baden als Einkaufs- und Kulturstadt, als Dienstleistungszentrum und Arbeitsort attraktiv bleibe.

Der Badener Stadtrat hat sich schon mehrfach zur Parkplatzthematik geäussert. Stadtammann Markus Schneider (Mitte) sagte im letzten Herbst: «Ich glaube, insgesamt hat es in Baden nach wie vor genügend Parkplätze. Wichtig wird aber auch in Zukunft sein, dass sie sich am richtigen Ort befinden, sprich in der Nähe des Gewerbes.»

Kommentar rechts

Region

Kommentar

Auch der Gegner verdient Respekt

Das ist ein echter Affront! Eine namhafte Gruppierung, die den Parkplatz-Abbau in Baden stoppen will, lädt den Stadtrat ein, die Forderung entgegenzunehmen. Doch dieser taucht nicht auf. Mehr noch: Ein Stadratsmitglied, das seine Teilnahme bereits zugesagt hat, ist vom links-grünen Gesamtstadtrat aktiv zurückgepfiffen worden.

Das Verhalten des Badener Stadtrats ist an Arroganz kaum zu überbieten. Wer politisch anderer Meinung ist, wird bewusst ignoriert. Auch auf Nachfrage, warum sie sich nicht hat blicken lassen, bleibt die Regierung eine ehrliche Antwort schuldig.

Es ist kein Einzelfall: Schon bei der Eröffnung des neuen Kantonsspitals – mit den Verantwortlichen gibt es Differenzen wegen des Abbruchs des alten Spitals – glänzte der Stadtrat durch geschlossene Abwesenheit.

Die Stadträtinnen und Stadträte können sich dieses Verhalten leisten, weil sich bei den Wahlen im Herbst kaum Konkurrenz abzeichnet. Alle Mitglieder sind so gut wie wiedergewählt. Warum sollte man sich überhaupt noch mit Kritikern abgeben?

Der Stadtrat muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die Polarisierung voranzutreiben, die in Baden zunehmend spürbar wird. Dabei wäre es seine wichtigste Aufgabe, die Bevölkerung zu vereinen. Zum Vergleich: Der Regierungsrat nimmt auch kritische Petitionen entgegen, wie jene von Eltern gegen die Maskenpflicht an Schulen im Coronajahr 2021.



Pirmin Kramer
pirmin.kramer@chmedia.ch

Adoptionsverbot stösst auf Widerstand

Nationalrat Justizminister Beat Jans will internationalen Adoptionen einen Riegel schieben, das hat er Anfang Jahr erklärt. Doch das Parlament könnte die Pläne des Bundesrats durchkreuzen. Heute sind die Auslandsadoptionen Thema im Nationalrat. Lara Jornod hofft, dass die Politik von einem Verbot wieder Abstand nimmt. Die 27-jährige Bernerin ist als Kleinkind aus Brasilien adoptiert worden – und könnte sich heute selber vorstellen, einst ein Kind aus dem Ausland zu adoptieren. Denn sie ist froh, in die Schweiz gekommen zu sein. «Ich bin sozusagen auserwählt worden», sagt sie. Die Geschichte einer jungen Frau, die in der Schweiz eine Familie fand. (lha)

Schwerpunkt

Die Häuserpreise haben sich verdoppelt

Immobilien Seit 25 Jahren geht es wegen der steigenden Nachfrage, des knappen Angebots und der tiefen Zinsen bei den Preisen für Häuser und Eigentumswohnungen nur in eine Richtung: nach oben. Die Beratungsfirma Wüest Partner hat die Daten zu dieser Entwicklung gesammelt, indem sie die in Inseraten geforderten Preise erfasste. Das Resultat: Für Einfamilienhäuser wurden im ersten Quartal 2025 im Vergleich zum Jahr 2000 durchschnittlich 98 Prozent höhere Preise verlangt. Damit haben sich die Häuserpreise in der Schweiz faktisch verdoppelt. Selbst wenn es grosse kantonale Unterschiede gibt: Die Preise sind überall angestiegen. (nav)

Wirtschaft

Nationalrat will mehr Militär- statt Zivildienst



In einigen Jahren droht der Armee ein personeller Engpass. Um dies zu verhindern, will der Nationalrat den Wechsel in den Zivildienst erschweren. Es müsse Schluss sein «mit Umgehung der Wehr-

pflicht», fand Stefanie Heimgartner. Die hohe Zahl der Zivildienstler sei skandalös, sagte die Aargauer SVP-Nationalrätin. Von links wurde bereits ein Referendum angekündigt. **Schweiz** Bild: Keystone

Ex-Partner liegt im Clinch mit Poolbauer

Streit Seit zehn Jahren betreibt Hansruedi Howald einen Poolbauer aus dem Aargau. Einst waren die zwei Geschäftspartner, Howald hatte 300'000 Franken in die Firma investiert, die ein Mittel verkaufte, um Fliesen rund um Pools, in Hallenbädern und normalen Bädern rutschsicher zu machen. Am Freitag kommt es nun zu einer betriebsamtlichen Versteigerung. (jam) **Region**

Parkplätze: Stadtrat schlägt Einladung aus

«IG Pro Parkplatz» will dem Stadtrat seine Forderung übergeben – dieser taucht nicht auf. «Feige», kritisiert eine Badener Nationalrätin.



Die IG Pro Parkplatz in Baden bei Lancierungsevent beim Langhaus am Dienstag.

Bild: zvg

Pirmin Kramer

Der neu gegründete Verein IG Pro Parkplatz Baden hat am Dienstagabend beim Langhaus seinen Startevent durchgeführt. Die Gruppierung setzt sich für den Erhalt von Parkplätzen in der Stadt Baden ein. «Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass in der Stadt weiter Parkplätze abgebaut werden», sagt Präsident und FDP-Grossrat Adrian Schoop.

Für viel Gesprächsstoff sorgte die Abwesenheit des Badener Stadtrats. Die Parkplatz-Befürworter hätten dem Stadtrat gerne die Forderungen und eine symbolische Busse über-

reicht, zusammen mit der Mitwirkung an der neuen Bau- und Nutzungsordnung. Diese widerspricht ihrer Ansicht nach bezüglich Parkierung übergeordnetem Recht. Doch niemand vom Stadtrat kam vorbei, um das Anliegen entgegenzunehmen.

Entscheid wurde vom Gesamstadtrat gefällt

Brisant: FDP-Stadtrat Philippe Ramseier hatte die offizielle Einladung bereits angenommen – wurde dann aber offenbar vom links-grünen Gesamstadtrat zurückgepfiffen. Ramseier bestätigt: «Ich hatte in meiner Rolle als Stadtrat eine Einla-

dung vom Verein IG Pro Parkplatz erhalten, und ich hatte meine Teilnahme bereits zugesagt.» Doch der Gesamstadtrat habe dann am Montag den Entscheid gefällt, dass niemand vom Stadtrat am Anlass teilnehmen. «Ich bin dann als Privatperson hingegangen. Weil ich es wichtig finde, der Bevölkerung zuzuhören.»

Was sagt Stadtammann Markus Schneider zur Sache? Warum ist Philippe Ramseier zurückgepfiffen worden? Wäre es nicht ein Zeichen des Respekts gewesen, auch eine Gruppierung anzuhören, die punkto stadträtlicher Politik anderer Meinung ist? Die Antwort des

Stadtrats fällt knapp aus, ohne dass die Frage nach den Gründen für das Fernbleiben beantwortet würde. «Der Stadtrat hat an seiner Sitzung entschieden, nicht mit einer offiziellen Delegation an der Veranstaltung teilzunehmen», lässt Stadtammann Markus Schneider (Mitte) verlauten.

Die Badener SVP-Nationalrätin Stefanie Heimgartner, die Mitglied der IG ist, findet deutliche Worte: «Feige, dass der Stadtrat diesen Entscheid getroffen hat. Dass man sich dieser Diskussion nicht stellt mit Personen, die anderer Meinung sind, ist sehr schade. Es spricht für Philippe Ramseier, dass er

als Privatperson gekommen am, Anlass teilgenommen hat.»

IG-Präsident Adrian Schoop machte vor Ort noch einmal auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam: «In Baden werden aus ideologischen Gründen bewusst Parkplatzmöglichkeiten zerstört.» Mit dem Parkierungskonzept, das der Einwohnerrat im Januar verabschiedet habe, befürchte man das Schlimmste für das Gewerbe. «Dieses ist wegen Onlinehandel, Einkaufstourismus und unsicheren Zukunftsaussichten schon genug unter Druck. Wieso dem Gewerbe das Leben ohne Not zusätzlich schwer machen?» Zum «Gerr-

«Ich bin dann als Privatperson hingegangen, weil ich es wichtig finde, der Bevölkerung zuzuhören.»



Philippe Ramseier
Stadtrat Baden

werbe» gehörten nicht nur die klassischen Läden, auch Freizeitdienstleistungen wie Gastronomie und Kultur.

Und Schoop hielt fest: «Wir haben nichts gegen eine ausgeglichene Mobilität. Alle sollen mit jenen Verkehrsmitteln in die Stadt kommen, die ihnen am besten passen, gern auch mit dem Velo.» Die IG wehre sich einfach dagegen, dass das Auto gegenüber allen anderen Mobilitätsträgern schlechtmacht werde. Manchmal gebe es keine andere Möglichkeit, als das Auto zu nehmen. Etwa, wenn man viel mitführen müsse oder wenn man schlecht zu Fuss sei.

Mellings Stadtrat will mehr Lohn

Die Entschädigung des Stadtrats wurde zuletzt vor 12 Jahren angepasst. Nun fordert er eine Erhöhung, die über die Teuerung hinausgeht.

Andreas Fretz

Mellings Stadtrat will seinen Lohn aufbessern. Die aktuell geltende Besoldung wurde an der Sommergemeinde 2013 genehmigt und ist seit 2014 in Kraft. Seitdem wurden weder ein Teuerungsausgleich noch andere Anpassungen vorgenommen.

Der Lohn der Stadtpräsidentin respektive des Stadtpräsidenten soll von 75'000 auf 85'000 Franken jährlich erhöht werden. Das Pensum wird mit 50 Prozent beziffert. Im Vollamt betrüge der Lohn demnach 170'000 Franken. Der Vizepräsident (25-Prozent-Pensum) soll neu 32'000 statt 25'000 Franken verdienen, die drei weiteren Stadträte (20-Prozent-Pensum) sollen mit je 26'000 statt wie bisher mit 21'000 Franken entschädigt werden.

Der jährliche Budgetposten für die Besoldung sämtlicher Stadträte würde sich somit von 163'000 auf 195'000 Franken erhöhen. Der neue Lohn soll ab der Amtsperiode 2026-29 gelten. Der Anpassung kommt am 25. Juni vor die Gemeindeversammlung. Die Besoldung des Stadtrates liegt laut Gemeindegesetz in der Kompetenz des Souveräns.



Mellings Stadtpräsidentin Györgyi Schaeffer würde künftig mit 85'000 statt mit 75'000 Franken entschädigt. Bild: Alexander Wagner

Würde alleine die Teuerung in Betracht gezogen – diese wurde vom Leiter Finanzen mit 6,1 Prozent für die letzten zwölf Jahre errechnet –, würde die Erhöhung milder ausfallen. Für das Stadtpräsidium gäbe es dann 80'000 Franken, für das Vizepräsidium 27'000 und für die Stadträte 23'000 Franken.

Mehr Aufwand als Folge der Umfahrung

Nebst der Teuerung liess der Stadtrat weitere Faktoren einfließen. Eine angemessene Ent-

schädigung der Mitglieder des Stadtrats unterstütze die Kandidatur geeigneter Personen, heisst es dazu in den Erläuterungen. Weiter wuchs im Zeitraum der letzten zwölf Jahre die Bevölkerung Mellings von rund 4800 auf etwa 6400 Personen, also um einen Drittel. Zudem bringe die Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse einen grossen Entwicklungsbedarf mit sich, welcher den Stadtrat zusätzlich fordere.

Für die Besoldung der Stadträte hat sich Mellings in der

Vergangenheit an den Löhnen der Chefbeamten der Verwaltung orientiert. An dieser Praxis wird im Personalreglement festgehalten. Trotz Mehraufwand soll das Milizsystem aufrechterhalten beziehungsweise gestärkt werden. Deshalb werden die Pensum des Stadtrats nicht erhöht, auch wenn diese dem tatsächlichen Aufwand nicht entsprechen.

Die Entschädigung soll auch in Zukunft nicht automatisch der Teuerung angepasst werden. Eine allfällige Anpassung ist weiterhin bei der Gemeindeversammlung zu beantragen.

Auch bei den Spesen plant der Stadtrat eine Änderung, denn die bisherige Praxis der Spesenabrechnung habe sich als mühsam und zeitaufwendig erwiesen. «Der administrative Aufwand für den Stadtrat sowie für die Verwaltung ist nicht mehr zeitgemäss», begründet der Stadtrat. Eine Vereinfachung sei notwendig.

Der bisherige Stundenansatz von 40 Franken für Stadtratmitglieder soll komplett wegfallen. Neu soll eine Spesenpauschale eingeführt werden. Dies soll einerseits eine Erleichterung in steuerlicher Hinsicht bewirken, andererseits den administrati-

ven Aufwand für alle Beteiligten minimieren. Die Pauschalspesen für das Stadtpräsidium sollen 7000 Franken, für das Vizepräsidium 6000 und für die übrigen Stadratsmitglieder 5000 Franken betragen. Macht total 28'000 Franken.

Pro-Kopf-Verschuldung auf 2120 Franken gesunken

Weiter ist an der Gemeindeversammlung die Jahresrechnung 2024 zu genehmigen. Sie schliesst mit einem Plus von rund 1,27 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Minus von 1,255 Millionen. Das Ergebnis ist somit um rund 2,52 Millionen Franken besser als erwartet. Die Nettoschuld der Einwohnergemeinde reduzierte sich auf rund 13,5 Millionen Franken, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2120 Franken entspricht.

Zudem sind drei Kredite und drei Kreditabrechnungen traktandiert. Für die Umgestaltung und Aufwertung der Birrfeld- und der Lenzburgerstrasse beantragt der Stadtrat einen Projektierungskredit von 600'000 Franken (BT vom 13. Juni). Das Erscheinungsbild der beiden Strassenabschnitte soll nach der Eröffnung der Umfahrung an

ihre neue Funktion angepasst werden.

Für die Sanierung des Bündtenwegs ist ein Kredit über 575'000 Franken vorgesehen. Für die Wasserleitung am Grumetweg und dessen Teilsanierung beträgt der Verpflichtungskredit 793'000 Franken.

Für die Erschliessung Breiti wurde der Bruttokredit von 970'000 Franken um 0,5 Prozent überschritten. Bei der Sanierung Trottenstrasse/Grumetweg (Bruttokredit 2,56 Mio. Fr.) resultierte eine Kostenüberschreitung von 4,4 Prozent. Für die Sanierung Langmattweg/Rigiweg wurde der Bruttokredit von 2,2 Mio. Franken um 2,6 Prozent unterschritten.

ANZEIGE

BRAUCHEN SIE WIRKLICH 400 PS?

DIE WOHL EHRLICHSTE AUTOGARAGE DER SCHWEIZ.

KLOSTERRUTIGARAGE